

# PRESSEMITTEILUNG

## Innenminister Caffier stellt Verfassungsschutzbericht 2009 vor:

### Wehrhafte Demokratie erfordert entschlossenes und gemeinsames Handeln aller!

Anlässlich der Vorstellung des Verfassungsschutzberichtes M-V für das Jahr 2009 erklärte Innenminister Lorenz Caffier:

„Freiheit und Sicherheit sind die höchsten Werte unserer Verfassung. Sie zu schützen, ist vorrangige Aufgabe des Staates und seiner Sicherheitsbehörden. Die Entwicklung in den einzelnen Phänomenbereichen zeigt, wie wichtig die Aufklärung durch den Verfassungsschutz im Vorfeld und die Zusammenarbeit von Verfassungsschutz und Polizei gerade im Hinblick auf die gewaltbereiten Spektren ist. Nur so können reale Gefährdungspotentiale abgebildet werden, um Gewalt jeglicher Art vorzubeugen und wenn erforderlich mit repressiven Maßnahmen darauf zu reagieren. Genauso wichtig wie die unermüdliche Arbeit der Sicherheitsbehörden ist das zivilgesellschaftliche Engagement. Eine wehrhafte Demokratie braucht entschlossenes und gemeinsames Handeln aller - der Gesellschaft, Politik und Sicherheitsbehörden.“

Auch im Jahr 2009 wurde die freiheitliche demokratische Grundordnung durch Rechts- und Linksextremismus, Ausländerextremismus und Islamismus bedroht.

Die Entwicklung im Bereich **Rechtsextremismus** erfordert nach wie vor unsere konzentrierte Aufmerksamkeit. Er ist im Wesentlichen durch die NPD, die Neonaziszene und die rechtsextremistischen Subkulturen gekennzeichnet. Im Einzelnen stellt sich das Personenpotenzial wie folgt dar:

Dem **rechtsextremistischen Spektrum** in Mecklenburg-Vorpommern sind im Jahr 2009 **etwa 1.400 Personen**

# IM

Schwerin, 18.05.2010

Nummer: 70

Innenministerium  
Mecklenburg-Vorpommern  
Alexandrinestraße 1  
19055 Schwerin  
Telefon: 0385 588-2003  
Telefax: 0385 588-2971  
E-Mail: [presse@im.mv-regierung.de](mailto:presse@im.mv-regierung.de)  
Internet: [www.mv-regierung.de/im](http://www.mv-regierung.de/im)

V. i. S. d. P.: Marion Schlender

zugerechnet worden; die Szene ist gegenüber 2008 somit nicht weiter gewachsen. Da es der Szene im Berichtszeitraum auch nicht gelungen ist, die eigene Infrastruktur auszuweiten, war die Entwicklung des Rechtsextremismus 2009 insgesamt eher durch Stagnation gekennzeichnet. Innenminister Caffier warnte jedoch davor, daraus einen Rückgang des Engagements oder der Motivation abzuleiten: „Die Szene zeigt sich gerade in jüngster Zeit mobilisierungs- und aktionsbereit.“

### **Rechtsextremistische Subkulturen**

Der subkulturelle Rechtsextremismus ist in Mecklenburg-Vorpommern überwiegend unstrukturiert. Die Protagonisten bewegen sich hauptsächlich in ihren lokalen Cliquen und entfalten nur wenig Außenwirkung im Sinne einer zielgerichteten politischen Arbeit. Angehörige dieser Szene zählen schwerpunktmäßig zu den Besuchern rechtsextremistischer Musikveranstaltungen. Vereinzelt gibt es Bemühungen aus dem neonazistischen Spektrum oder seitens der NPD, lokale Gruppierungen zu strukturieren und zu festigen.

Die szenetypische Musik wird von den Rechtsextremisten als „Propagandawaffe“ verstanden und dient oftmals als Einstieg junger Menschen in die rechtsextremistische Szene. Im Jahr 2009 fanden in Mecklenburg-Vorpommern **23** (2008: 19) **Musikveranstaltungen mit rechtsextremistischem Hintergrund** statt, davon

- dreizehn Skinkonzerte (2008 : 10) und
- zehn Skinpartys (2008 : 9).

Im Vergleich zu den rechtsextremistischen Subkulturen erheben Neonazis einen deutlich erkennbaren politischen Anspruch. Dabei versuchen sie sich vor Ort auf verschiedenen Wegen in kulturelle und politische Prozesse einzubringen. Häufig sind sie in so genannten „Kameradschaften“ organisiert, die jedoch zwischenzeitlich weitgehend als Nebenorganisationen der NPD-Kreisverbände fungieren, soweit sie nicht sogar darin aufgegangen sind. Insbesondere in den Landkreisen Ostvorpommern und Uecker-Randow sind die handelnden Personen in den neonazistischen Strukturen und NPD-Kreisverbänden nahezu identisch.

Auch 2009 traten in Mecklenburg –Vorpommern so genannte „Autonome Nationalisten“ in Erscheinung. Sie sind aktionsorientiert und kopieren Verhaltensmuster linksextremistischer Autonome. Sorge bereitet die latente

Gewaltbereitschaft dieser Gruppierungen, die vorrangig im Großraum Rostock/Güstrow aktiv sind.

### **Verbote neonazistischer Organisationen**

Im Jahr 2009 wurden zwei Verbotsverfügungen gegen rechtsextremistische Organisationen erlassen:

– **„Heimatreue Deutsche Jugend e. V.“**

Zum einen hat der Bundesminister des Innern am 31. März 2009 den im Jahr 1990 gegründeten bundesweit agierenden neonazistischen Verein „Heimatreue Deutsche Jugend e. V.“ (HDJ) verboten, da er sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung richtet. Im Land war die von Greifswald aus agierende „Einheit Mecklenburg und Pommern“ aktiv. Das Verbot ist noch nicht rechtskräftig, da die HDJ beim Bundesverwaltungsgericht Klage gegen die Verbotsverfügung erhoben hat.

– **„Mecklenburgische Aktionsfront“ (M.A.F.)**

Mit dem Verbot der neonazistischen „Mecklenburgischen Aktionsfront“ (M.A.F.) am 20. Mai 2009 hat Innenminister Lorenz Caffier seine Entschlossenheit gegenüber verfassungsfeindlichen rechtsextremistischen Umtrieben deutlich gemacht. Rechtsmittel gegen die Verbotsverfügung wurden seitens der M.A.F. nicht eingelegt, so dass dieses Verbot Bestandskraft erlangt hat.

Die Entwicklung des Rechtsextremismus wurde auch 2009 maßgeblich von der **NPD** geprägt. Ihr Parteiapparat stützt und befördert rechtsextremistische Bestrebungen im Land weiterhin maßgeblich. Sie verfügte zwar weiterhin nur über sechs Kreisverbände und **ca. 400 Mitglieder**, kann aber mit ihrem Parteiapparat und insbesondere mit ihrer Fraktion auf erhebliche Ressourcen zurückgreifen, die der Aktivierung und Organisation der rechtsextremistischen Szene im gesamten Land dient. Die NPD leistet nach wie vor keine qualifizierte Parlamentsarbeit, dies liegt auch nicht in ihrem Interesse, sondern sie möchte durch provokante Aktionen auffallen und so die Erwartungen der eigenen Klientel (Mitglieder wie auch Wähler) erfüllen. Dabei will sie vorrangig „Stachel im Fleisch“ der von ihr so genannten „Systemparteien“ sein. Mit der Verbreitung von Propagandamaterialien oder an Informationsständen versucht die NPD weiterhin, im „Kampf um die Köpfe“ an Boden zu gewinnen.

Im „Kampf um die Parlamente“ ist es der Partei bei den Kommunalwahlen 2009 gelungen, in mehrere Kommunalvertretungen des Landes einzuziehen. Allerdings

geht es der Partei insgesamt nicht um kurzfristige Wahlerfolge oder eine nachhaltige Kommunalpolitik. Perspektivisch will sie ihre politischen Einflussmöglichkeiten ausbauen, um ihrem verfassungsfeindlichen Ziel, der Ablösung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung durch einen völkischen Führerstaat, näher zu kommen. Dieses Ziel eint die NPD im Land mit den Neonazistrukturen. Aus diesem Grunde ist die Zusammenarbeit beider Lager nach wie vor stabil. Während der Wahlkämpfe 2009 hat sich die Zusammenarbeit aus Sicht beider Lager erneut bewährt.

Die DVU spielt in unserem Lande keine besondere Rolle.

Außerhalb des parlamentarischen Raumes gefällt sich die NPD im Übrigen in der Rolle des „Anwaltes des kleinen Mannes“, indem sie z. B. eine „Hartz-IV-Beratung“ anbietet oder Kinderfeste organisiert. Dabei macht sie bei jeder Gelegenheit deutlich, dass sie einen radikalen Systemwechsel anstrebt und in einem „nationalen Sozialismus“ eine Alternative zum demokratischen Rechtsstaat sieht.

Im Jahre 2009 fanden insgesamt drei überregionale Wahlen statt:

### **1) Europawahl am 07.06.2009**

Die NPD war zur Europawahl 2009 nicht angetreten. Die DVU erreichte landesweit durchschnittlich 1% und lag damit deutlich über dem Bundesdurchschnitt (0,4 %).

### **2) Kommunalwahl, ebenfalls am 07.06.2009**

Die NPD konnte ihr Wahlergebnis bei der Kommunalwahl 2009 rückblickend auf 2004 prozentual von 0,8 % auf 3,2 % vervierfachen. Sie blieb jedoch sowohl hinter dem Ergebnis der Bundestagswahl 2005 (3,5%) als auch dem Ergebnis der Landtagswahl 2006 (7,3%) zurück.

Die NPD erzielte 62 Kommunalmandate (2004: 10), davon allein 26 in den Kreisen und kreisfreien Städten.

Erwartungsgemäß hatte die NPD in ihren „Hochburgen“ in den Landkreisen Ludwigslust (4,5 %), Ostvorpommern (7,6 %) und Uecker-Randow (9,1 %) die höchsten Wahlergebnisse. In den letztgenannten Kreisen erreichte sie damit Fraktionsstärke.

### **3) Bundestagswahl 2009**

Bei der Bundestagswahl am 27. September 2009 erreichte die NPD bundesweit 1,5 % der Zweitstimmen (2005: 1,6 %). In Mecklenburg-Vorpommern konnte die Partei 3,3 %

der Zweitstimmen auf sich vereinigen. Damit erhielt sie nach Sachsen mit 4,0% die höchste Zustimmung in einem Bundesland. Ein ausländerfeindliches NPD-Plakat hat das Bundesverfassungsgericht als volksverhetzend bewertet.

## **LINKSEXTREMISMUS**

Der linksextremistischen Szene in Mecklenburg-Vorpommern wurden im Jahr 2009 **ca. 300 Personen** (2008: ca. 250) zugerechnet. Dieser Anstieg geht ausschließlich auf einen Zuwachs bei gewaltbereiten Autonomen zurück. Autonome verfolgen zumeist unorganisiert und in losen Zusammenhängen, heterogene und diffus-kommunistische politische Ziele. Gewalt wird als berechtigtes Mittel angesehen.

Der Anstieg des gewaltorientierten Personenpotenzials im vergangenen Jahr lässt sich insbesondere darauf zurückführen, dass der sceneinterne Enthusiasmus und die Anziehungswirkung nach dem teils gewaltsamen Ablauf der Proteste gegen den G8-Gipfel 2007 im Raum Rostock anhält. Zudem sorgten die Kandidaturen der NPD bei den Kommunal-, Europa- und Bundestagswahlen für sceneinterne, emotionalisierte Reaktionen.

### **Aktivitäten von Linksextremisten**

Linksextremisten zielen darauf ab, die bestehende freiheitliche demokratische Werteordnung zu beseitigen und ihr ein sozialistisches, kommunistisches oder anarchistisches System entgegenzusetzen. Um ihre Vorstellungen zu verbreiten und politischen Einfluss zu nehmen, betätigen sie sich in unterschiedlichen Themenfeldern. Neben dem traditionellen Betätigungsfeld des linksextremistischen Antifaschismus überwogen in der extremen Linken des Landes 2009 jedoch die Aktivitäten anlässlich des 60. Treffens der NATO-Mitgliedsstaaten in Baden-Baden und Straßburg (Frankreich). Unter den etwa 120 festgenommenen Deutschen befanden sich auch zwei Linksextremisten aus Rostock, die als Haupttäter zu mehrjährigen Freiheitsstrafen verurteilt wurden. Dies zeigt auch die überregionale und internationale Vernetzung der Rostocker Szene.

### **Gewaltbereiter Antifaschismus**

Im Jahr 2009 richteten sich linksextremistische Angriffe auf tatsächliche und vermeintliche Rechtsextremisten, ihre Veranstaltungen und Einrichtungen. Obwohl die Anzahl der linksextremistischen Gewaltdelikte insgesamt rückläufig

war, ist erneut eine hohe kriminelle Energie der Gewalttaten festzustellen, die Gewaltbereitschaft steigt und die Szene agiert konspirativer.

Vor allem der von Rechtsextremisten betriebene Szeneladen „Dickkoepp“ in Rostock stand im Mittelpunkt linksextremistischer Aktionen und war Ziel zahlreicher Angriffe. Höhepunkt der Gewalteskalation war der 21. Oktober 2009. Fünf Vermummte stürmten während der Öffnungszeiten das rechtsextremistische Szenegeschäft und legten – trotz der Anwesenheit von drei Personen – einen Brandsatz. Auch diese Tat zeigt die steigende Rücksichtslosigkeit gegenüber unbeteiligten Dritten.

### **Autonome Szene Rostock**

Die autonome Szene in Rostock nimmt innerhalb der autonomen Szene des Landes eine besondere Stellung ein. Rund 30 % des linksautonomen Personenpotenzials im Land ist der Hansestadt Rostock zuzuordnen.

Für die Gruppierung „Linker Block Rostock“ (LiBRo) liegen tatsächliche Anhaltspunkte vor, die eine Zuordnung zur linksautonomen Szene rechtfertigen. Einerseits stellt sich der LiBRo als geschlossene Gruppe dar, in der auf der Basis eines gemeinsamen Grundkonsenses u.a. unter Verweis auf die Lehren Lenins und Trotzki's diffus-kommunistische und anarchistische Weltbilder vertreten werden. Offen wird gewaltsamen Mitteln zur Durchsetzung politischer Ziele im LiBRo Raum gegeben.

Die Aktivitäten und das Straftatengeschehen spielen hauptsächlich in der Innenstadt Rostocks ab.

## **ISLAMISMUS UND ISLAMISTISCHER TERRORISMUS**

### **Islamismus und Jihadismus in Mecklenburg-Vorpommern**

Mecklenburg-Vorpommern ist kein „Hot-Spot“ des Islamismus oder islamistischen Terrorismus. Bereits in der Vergangenheit hat sich jedoch gezeigt, dass unser Bundesland trotz seiner geografischen Randlage in Deutschland kein „weißer Fleck“ auf der Landkarte des „globalen Jihad“ ist. So begann für den Libanesen Ziad JARRAH Ende der 1990er Jahre in Greifswald eine extremistische Entwicklungsphase, der er am 11. September 2001 als einer der Todeskampfpiloten „al-Qaidas“ selbst ein massenmörderisches Ende setzte.

### **Islamistische Organisationen**

Islamistische Strukturen haben sich in Mecklenburg-Vorpommern bereits seit den 1990er Jahren entwickelt. Im Gegensatz zu den westlichen Bundesländern fehlen hier jedoch die gewachsenen Strukturen islamistischer „Massenorganisationen“.

Islamistische Bestrebungen wurden in der Vergangenheit durch den Verfassungsschutz Mecklenburg-Vorpommern in zahlreichen räumlichen und organisatorischen Kontexten beobachtet, z. T. auch mit nachrichtendienstlichen Mitteln. Kristallisationspunkte dieser Bestrebungen bildeten dabei häufig Moscheen oder Gebetsräume, die sich teilweise in der Trägerschaft eingetragener Vereine befinden und neben ihrer rituellen Funktion als Gebets- und Versammlungsstätte muslimischer Gläubiger auch als Anlaufstelle, Treffpunkt und Forum islamistischer Extremisten fungieren. Dazu muss sich auch der „Islamische Bund Rostock“ e. V. / „al-Salam-Moschee“ Rostock zählen lassen.